

München, 11.02.2021

Tierwohl in der Landwirtschaft: Expertinnen und Experten im Landtag bestätigen SPD-Forderung nach Pflicht-Label auf Fleischprodukten

SPD-Abgeordnete Müller, Fehlner und von Brunn: Freiwillige Kennzeichnung wie bisher nutzt weder den Verbraucherinnen und Verbrauchern noch der Landwirtschaft - Bad Grönenbach darf sich nicht wiederholen

Die von der SPD-Fraktion initiierte gemeinsame Tierwohl-Anhörung von Umwelt- und Landwirtschaftsausschuss im Landtag hat klar gezeigt, dass auch Expertinnen und Experten mehr Einsatz für den Tierschutz in der Landwirtschaft befürworten. Ein verpflichtendes Tierwohllabel etwa ist laut der SPD-Agrarsprecherin **Ruth Müller** überfällig: "Der Ruf nach Lebensmitteln, die ohne quälerische Tierhaltung produziert werden, ist lauter denn je. Seit Jahren fordern wir als SPD eine verpflichtende Kennzeichnung von Fleisch. Eine freiwillige Kennzeichnung nutzt weder den Verbraucherinnen und Verbrauchern noch den Landwirtinnen und Landwirten."

Für den umweltpolitischen Sprecher der Fraktion **Florian von Brunn** ist entscheidend, dass ein Fall von groß angelegter Tierquälerei wie etwa in Bad Grönenbach nie wieder vorkommt. Dafür sei es nötig, effektive Kontrollen durchzuführen und Tierwohl in der Landwirtschaft einen höheren Stellenwert zu geben - indem sich etwa die Investition in tierwohlgerechte Ställe rentiert. "Wir müssen unseren Landwirtinnen und Landwirten eine Perspektive geben - Tierwohl muss sich lohnen und den Betrieben ein auskömmliches Einkommen ermöglichen. Den Landwirtinnen und Landwirten, die Tiere ausbeuten und quälen, muss dagegen durch effektive und regelmäßige Kontrollen das Handwerk gelegt werden."

Martina Fehlner, ebenfalls Mitglied im Landwirtschaftsausschuss, kritisiert: „In Bayern sind immer noch zu viele Milchkühe in ganzjähriger Anbindehaltung. Wir wollen, dass nicht nur Laufställe, sondern auch Weidehaltung und Austrieb viel stärker gefördert und unterstützt werden!“ Die Abgeordnete betont außerdem, dass neben Fördermaßnahmen auch gewährleistet werden müsse, dass die notwendigen Tierwohlmaßnahmen gerade die kleinen und mittleren Betriebe nicht überfordern und so zu einem Strukturbruch in der mittelständischen Landwirtschaft führen. "Aus diesem Grund muss auch über einen staatlich organisierten Tierwohlfonds nachgedacht werden, der eine gerechte Verteilung der Mittel garantiert."